

18. Februar 2021, 20:13 Uhr Bundespressekonferenz

Störsender

Die Bundespressekonferenz ist einzigartig: Journalisten befragen und kontrollieren dort die Regierung. Doch manche missbrauchen die Veranstaltung für Propaganda und Verschwörungsmythen.

Von Markus Balsler, Daniel Brössler und Boris Herrmann, Berlin

Haben wir dazu eine Sprache? Das ist die etwas holprige Ausgangsfrage, die jeden Montag-, Mittwoch- und Freitagmorgen eine Maschinerie im politischen Berlin in Gang setzt. Die Regierung bereitet sich auf die Bundespressekonferenz, kurz BPK, vor. Sie überlegt, was gesagt werden soll, was gesagt werden kann, was verschwiegen wird. Sprache entsteht hier in einem so eiligen wie zähen Abstimmungsprozess. Einerseits zählt jede Minute bis zur PK am Mittag, andererseits regiert die Übervorsicht. Ein falscher Halbsatz kann eine Regierungskrise auslösen.

Man muss sich das wie eine über ganz Berlin-Mitte zersiedelte Sprachfabrik vorstellen. Unzählige machen sich in den Morgenstunden in den Ministerien sowie in dem für die Kanzlerin zuständigen Bundespresseamt daran, zu allen denkbaren Fragen eine Sprache zu entwickeln, also Antworten zu schreiben. Was sagt Angela Merkel zu Nawalny? Was das Auswärtige Amt zur südafrikanischen Virusvariante? Welche Erkenntnisse hat der Wirtschaftsminister über die Folgen der Pandemie auf die Kohleverstromung?

Einiges ist vorhersehbar. Alles andere Fleißarbeit, um ja nicht überrascht zu werden. Darum geht es. Chefs vom Dienst erstellen Themenlisten, Pressereferenten stimmen sich mit Fachreferenten ab, um Sprecher sprechfähig zu machen. Besonders heikle Sprache wandert zur Freigabe über Abteilungsleiter bis zu Staatssekretären, Ministern und manchmal auch zur Kanzlerin hoch und wieder runter, bevor sie auf einem Sprechzettel landet.

Mit dicken Ordnern und Klarsichthüllen voller Zettel ausgestattet treten die Sprecher der 14 Ministerien sowie Regierungssprecher Steffen Seibert oder eine seiner Stellvertreterinnen dann auf die Bühne im Haus der Bundespressekonferenz. Dreimal die Woche, 15 Häuser, da kommt schon einiges zusammen. Und doch ist es selten genug.

Denn auf das, was zuletzt immer wieder in dieser Veranstaltung geschah, kann sich keine Sprachfabrik der Welt vorbereiten.

In Berlin zeigt sich, wie schwierig es für demokratische Institutionen ist, solche Gegner zu haben

Diese Geschichte handelt von der Verwundbarkeit der offenen Gesellschaft. Am Beispiel der Bundespressekonferenz zeigt sich gerade, wie schwierig der Umgang demokratischer Institutionen mit manchem Gegner ist. So sehen das mehrere aktuelle und ehemalige Sprecherinnen und Sprecher, die hier regelmäßig auf dem Podium sitzen oder gesessen haben. "Die BPK ist gekapert worden", heißt es aus diesem Kreis. Einige Journalisten und Blogger - vor allem die Namen Boris Reitschuster und Florian Warweg fallen da immer wieder - würden die Veranstaltung sehr erfolgreich als Bühne für Verschwörungsmysen und Fake News nutzen.

Ein Montagmorgen im Februar. Die TV-Übertragung läuft, als in Reihe sechs des großen BPK-Saals an einem der Mikros das rote Lämpchen angeht. Einsatz Florian Warweg, Online-Chef von RT DE. Der deutschsprachige Ableger des Moskauer Senders, der als *Russia Today* bekannt geworden ist, wird vom hiesigen Inlandsgeheimdienst der Desinformation und Propaganda für Russland beschuldigt. Aufgerufen ist jetzt, was sonst, das Thema Russland, wo gerade in mehreren Städten Menschen für den zu Lagerhaft verurteilten Oppositionspolitiker Alexej Nawalny auf die Straße gegangen sind und viele von ihnen verhaftet wurden. Warweg, der in Tübingen Politikwissenschaften studiert hat und seit 2014 für RT arbeitet, legt ruhig und freundlich los. Allerdings nicht mit einer Frage, sondern mit einer Behauptung.

Seines Wissens sei "die übergroße Mehrheit" nur wegen einer Ordnungswidrigkeit festgenommen und dann sofort wieder freigelassen worden, behauptet Warweg. Da die Bundesregierung die Freilassung von Verhafteten fordere, würde ihn von Vizeregierungssprecherin Martina Fietz interessieren: "Welche konkreten Zahlen liegen der Bundesregierung über am Samstag verhaftete und immer noch in Haft befindliche russische Staatsbürger vor?"

Fietz wird die Zahl auf keinem der Zettel finden, die sie mitgebracht hat. Die Regierung hat keine Sprache für Warwegs Anliegen, bei dem es offensichtlich nicht darum geht, eine Information zu bekommen, sondern darum, die Sprecherin vorzuführen. Fietz schaut in ihre Unterlagen, aber sie findet darin keinen Halt. Sie kann nur "grundsätzlich sagen, dass die Bundesregierung die Entwicklung in Russland und den dortigen Umgang mit Oppositionspolitikern, Journalisten und der Zivilgesellschaft sehr genau und mit Sorge beobachtet". Damit hat Warweg schon alles, was er braucht. Wenig später wird bei Youtube ein kurzer Clip online gehen mit der Überschrift "BPK: Regierungssprecherin verurteilt Polizeigewalt - aber nur in Russland".

Der Trick wurde schon während des Kalten Krieges in Witzen verarbeitet: Eine Delegation amerikanischer Senatoren besichtigt die für ihre Pünktlichkeit gerühmte Moskauer Metro. Etwas geht schief, die Einfahrt der U-Bahn lässt auf sich warten. "Doch nicht so pünktlich", sagt einer der Senatoren. "Und was", blafft daraufhin ein sowjetischer Gastgeber, "habt ihr mit den Indianern gemacht?" Als Fachbegriff für diese Technik hat sich das Wort Whataboutism eingebürgert.

Was ist also mit Polizeigewalt im Westen? Am selben Wochenende sei es auch zu nicht genehmigten Demonstrationen in Amsterdam, Brüssel und Wien gekommen, die von der Polizei aufgelöst wurden. "Dort gab es ungefähr die gleichen Bilder vom Einsatz staatlicher Gewalt", sagt Warweg in der BPK. Er möchte jetzt wissen: "Wieso erfolgt eine Verurteilung von auch mit Verweis auf das Corona-Regime untersagten Demonstrationen nur im Fall von Russland und nicht im Fall von Belgien, Österreich und den Niederlanden?"

Dazu ließe sich einiges sagen. Etwa, dass es die Polizei in den Niederlanden mit heftigen Gewaltausbrüchen zu tun hatte. Oder dass Corona-Leugner in Wien versucht hatten, nach Washingtoner Vorbild das Parlamentsgebäude zu stürmen. Aber die Regierungssprecherin Fietz hat das offenbar nicht auf dem Zettel. "Wir sprechen jetzt aber über die Lage in Russland", sagt sie und, "dass es sich in Russland überwiegend um friedliche Demonstrationen gehandelt hat." Im Video auf Youtube wirkt das defensiv und irgendwie hilflos. Für Warwegs Zwecke also genau richtig.

Die Methode lässt sich in vier Worte fassen: Ich frag doch nur. Fragen ist legitim. Entscheidend ist, was er daraus macht.

Nach jeder BPK produziert er kleine Clips, die im Netz dann von Youtube mit einem Warnhinweis versehen werden. "RT wird ganz oder teilweise von der Regierung Russlands finanziert", steht da. Was das bedeutet, haben Forscher des Londoner King's College in einer Studie über "Nachrichten als Waffe" beschrieben. Die russische Regierung habe in den vergangenen Jahren deutlich ihre Kapazitäten ausgebaut, um mit mehrsprachigen Nachrichtenangeboten "als Instrument der informations-psychologischen Kriegsführung" dauerhaften Einfluss auf bestimmte Gesellschaften zu nehmen. Sie habe "dafür auch ein Motiv: Informationen zu bestimmten Themen, Ereignissen oder Geschichten verfälschen oder verzerren, um russischen Interessen zu dienen".

Sie reißen Zitate aus dem Zusammenhang und zelebrieren sich als letzte aufrechte Reporter

Die BPK dient dem Informationsinteresse der demokratischen Öffentlichkeit. Der Pressefreiheit. Der Kontrolle der Bundesregierung. Sie wurde aber nicht gegründet, um Propagandaintressen zu dienen, weder denen von Wladimir Putin, um die sich Florian Warweg kümmert, noch denen der rechtspopulistischen "Querdenker"-Szene.

Mit einer Maske, die an deren Demonstrationen erinnert, sitzt der Blogger Boris Reitschuster in der Bundespressekonferenz. Auf seinem schwarzen Mundnasenschutz ist ein weißes Kreuz abgebildet. Das soll wohl einen Maulkorb symbolisieren.

Dabei redet Reitschuster hier, wann immer es geht. An einem Morgen im Januar etwa, als er gleich drei Corona-Experten vorführen will. Auf dem Podium sitzen RKI-Chef Lothar Wieler, Gesundheitsminister Jens Spahn und der Virologe Christian Drosten. Reitschusters Frage ist eher ein Vortrag. Die Weltgesundheitsorganisation WHO habe "explizit" vor falsch-positiven Ergebnissen von PCR-Tests gewarnt, behauptet er. Vor mangelnder Verlässlichkeit. Dabei habe die Bundesregierung doch immer gesagt, die seien sicher. Schließlich säßen wegen ihnen Hunderttausende in Quarantäne.

Drosten faltet die Hände vor dem Mund. Er kenne das Papier, sagt er. Da stehe im Prinzip nur der Hinweis an die Labore drin: "Bitte lest auch die Gebrauchsanweisung durch." Sonst nichts. Die WHO zweifle keineswegs an der generellen Aussagekraft der Tests. Auch die Weltgesundheitsorganisation selbst widerspricht vehement. Sie habe keine Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Tests, teilt ein Sprecher mit. Die seien der "Goldstandard" diagnostischer Testverfahren. Eine Notiz für Labormitarbeiter sei aus dem Kontext gerissen worden.

Beide, sowohl Warweg als auch Reitschuster, zelebrieren sich in der BPK als die letzten aufrechten Reporter. In ihren Beiträgen reißen sie aber systematisch Zitate aus dem Zusammenhang und instrumentalisieren sie für ihre Zwecke.

"Die Methode ist klassisch populistisch. Weil sie ein kleines Wahrheitsmoment aufgreift, nämlich das offiziöse Sprechen, und daraus etwas Falsches macht", sagt der Soziologe Ulf Bohmann von der TU Chemnitz, der über die BPK publiziert hat. Fast alles zählt bei Reitschuster und Warweg auf die unerschütterliche These ein, wonach das System eh korrupt ist. Und wenn man sie dafür kritisiert, schlüpfen sie in die Rolle des Märtyrers. Seht her, man will mir den Mund verbieten! Auch das gehöre zum Populismus, sagt Bohmann. Deutschlands Landesmedienanstalten nehmen die Warnungen ernst. Sie kündigten erst vergangene Woche an, den Kampf gegen Desinformation im Netz zu verschärfen.

Es waren mutige Journalisten, die der Bundesregierung nach dem Zweiten Weltkrieg die Chance abtrotzten, kritische Fragen zu stellen. Die Regierung von Konrad Adenauer sah 1949 keine Notwendigkeit für sonderlich viel Transparenz. Die Journalisten nahmen die Sache selbst in die Hand. Sie gründeten den Verein der Bundespressekonferenz. Es war wohl der Beginn einer weltweit einzigartigen Institution, denn es handelt sich um eine umgekehrte Pressekonferenz. Nicht die Regierung lädt hier die Journalisten ein, bis heute zitieren die Journalisten die Regierenden herbei. Da sitzen sie dann vor der blauen Wand mit dem sandfarbenen Schriftzug "Bundespressekonferenz". Es gehört zu den Spielregeln, dass die Gäste erst gehen dürfen, wenn die gastgebende Presse die Veranstaltung für beendet erklärt.

Für die Regierung und ihre Sprecher waren die Besuche auf diesem Podium nie angenehm. Für sie ging es schon immer darum, halbwegs unversehrt durchzukommen. Ein Sprecher darf nicht sagen, was er denkt. Er muss das sagen, was sein Haus für sagbar hält, und das ist oft wenig. Im Rededuell mit einem schlagfertigen Frage- und Nachfragesteller hat man da im Grunde keine Chance. Aber jahrzehntelang hat es funktioniert, denn es ging hier in der Regel um die Sache. Oder wie einer aus eigener Erfahrung weiß: "Da wurde man inhaltlich gegrillt. Das war in Ordnung."

Viele Journalisten kommen nicht mehr, was das Problem nicht kleiner macht

Boris Reitschuster war viele Jahre Korrespondent des *Focus* in Moskau, seit Oktober 2020 ist er als Blogger BPK-Mitglied. Wenn er dort eine Frage stellt, nimmt er die schwarze Maske ab, obwohl man die hier ständig tragen muss. Diesen Montag wird das Kristina Dunz, Hauptstadt-Korrespondentin des Redaktionsnetzwerks Deutschland, zu viel. Er möge doch die Maske anbehalten. Erst reagiert Reitschuster nicht. Als er vom Podium aus ermahnt wird, mault er, die vorne hätten auch keine Maske auf. Er finde das "eine ungerechte Kommunikation, wenn die einen der Mimik beraubt sind und die anderen nicht". Die Maske setzt er dann doch auf. Unter Zwang sozusagen. Perfekte Ausbeute.

Was dann passiert, könnte die BPK nachhaltig erschüttern. Reitschuster folgt der Korrespondentin Dunz nach der Pressekonferenz und filmt sie im vertraulichen Gespräch mit einem Sprecher des Gesundheitsministeriums. Der Sprecher fordert ihn auf, das zu lassen und die Bilder zu löschen. Reitschuster spießt das später in seinem Blog auf und widmet sich der Journalistin Dunz, die er als "langjährige Kanzleramtskorrespondentin und als solche nahe dran an der Kanzlerin" präsentiert. Die Leserschaft versteht. Dunz wird auf Twitter als "geistig behindert" beschimpft, es kommen Briefe. Ihre "Untertänigkeit" schreibt einer, sei "einfach widerwärtig".

Mathis Feldhoff ist im Hauptberuf ZDF-Korrespondent und moderiert als derzeit Vorsitzender häufig die Bundespressekonferenz. "Wir erleben, dass es vor laufender Kamera Desinformationsversuche gibt", sagt er. Aggressive Angriffe gegen Sprecher, ausufernde Koreferate: Schon seit Längerem wird im Verein darüber gerungen, wie man die Probleme in den Griff bekommen kann. Es sind nur wenige, aber die verschaffen sich lautstark Gehör. Feldhoff entzieht den Fragern das Wort, wenn es zu krude wird. Aber er weiß: Es ist eine Gratwanderung. Es sei ja gerade das Merkmal dieser Institution, dass alle Fragen erlaubt seien. "Wir arbeiten in der Herzkammer der Meinungsfreiheit", sagt Feldhoff.

Ausgeschlossen werden kann laut Satzung etwa, wer den Zweck des Vereins gefährdet oder dessen Ansehen oder Belange schädigt. Unter den Vereinsmitgliedern scheint die Zahl derer zu wachsen, die meinen, dass Boris Reitschuster spätestens seit den Vorfällen mit der Kollegin Dunz diese Grenze überschritten hat. Von einem "Showdown" ist die Rede. Der Blogger Tilo Jung etwa, der auch weiß, wie man Sprecher vorführt und damit vielen in der BPK auf die Nerven geht, hält Reitschuster für einen rechtspopulistischen Schwurbler. Das sei aber nicht das Entscheidende. "Das Entscheidende ist, dass er keinen Journalismus macht, sondern Desinformation und Propaganda", sagt Jung. Es sei auch ein großer Unterschied, ob jemand mit Journalismus Geld verdiene oder wie Reitschuster mit Desinformation Spenden auf seiner Webseite sammle.

Allerdings müssen sich auch die klassischen Medien fragen, ob sie zur Krise der BPK beigetragen haben. Rund 900 Hauptstadtjournalisten gehören dem Verein an, nicht erst seit Beginn der Pandemie bleiben die meisten Stühle regelmäßig frei. Manche Mitglieder stellen in einem Jahr weniger Fragen als Reitschuster an einem Vormittag. Auch deshalb haben er und Warweg so eine große Spielfläche. Fragt man Kollegen, weshalb sie so selten in die BPK kommen, heißt es, es sei dort wegen Leuten wie Warweg und Reitschuster unerträglich geworden. Das Problem und seine Ursache bedingen sich gegenseitig. Dabei ließe sich die BPK aus dem Klammergriff der Populisten retten, wenn die anderen sie wieder zu einem Pflichttermin machten.

RT-Mann Warweg mag sich über die Chancen, die ihm die BPK bietet, nicht beschweren. "Weltweit einmalig" findet er die Gelegenheit, so viele Fragen zu stellen. Die gebe es so weder in Washington, Paris, Rom noch in Moskau. Nur die Antworten seien in Russland besser, findet Warweg. Seine Antworten auf Fragen der SZ übermittelt er per Mail. Für ein Gespräch steht er nicht zur Verfügung. Es sei übliche Praxis "auch anderer westlicher Medienhäuser", auf Fragen zu ihrer journalistischen Tätigkeit nur schriftlich zu antworten, teilt er mit. Bei RT DE spiele "zudem mit hinein, dass es eine lange Pfadabhängigkeit mutwilliger Verzerrungen und Dekontextualisierungen der Interviewaussagen von RT-Mitarbeitern durch westliche Medienunternehmen gibt". Der Vorwurf, RT DE betreibe Desinformation, sei "an den Haaren herbeigezogen", schreibt er.

Boris Reitschuster redet gerne. Wenn man ihm im leeren BPK-Saal gegenüber sitzt, bleibt er höflich. Stimmt schon, sagt er, auf den Corona-Demos sei es so, "dass manche einen erkennen oder grüßen". Auf einer dieser Demos wurde ihm dieser Tage Geld zugesteckt, offenbar ein 20-Euro-Schein. Reitschuster hat die Szene selbst publiziert. Er hält es nicht für verwerflich, dass er sich von Leuten Geld geben lässt, über die er berichtet.

Das Prinzip ist seit Langem bekannt: Erst provozieren und dann zurückrudern

Reitschuster bestreitet, der "Querdenker"-Szene oder der AfD nahezustehen. "Wenn man den Leuten gut zuhört und ihre Sorgen ernst nimmt, dann muss das nicht automatisch Populismus sein", sagt er. Aber er spricht auf Twitter von "Virus-Panikmache", bezeichnet Merkel, als "die beste Kanzlerin, die die politische Linke je hatte", und wettet gegen Kollegen, die am "Futtertrog der Regierung" hängen. Wenn Corona-Leugner vor dem Impfzentrum in Berlin aktiv und von der Polizei kontrolliert werden, folgt er ihrem Hilferuf, filmt ihre Rechtfertigung und stellt sie ins Netz. Muss man sich da wundern, wenn einem die Likes der Rechtspopulisten zufliegen?

Provozieren und zurückrudern, die Grenzen des Sagbaren verschieben und dann so tun, als sei alles nicht so gemeint gewesen: Das ist das Prinzip, mit dem die AfD im Bundestag auftritt. Und ganz ähnlichen geht Reitschuster in der BPK vor.

Warum er dort die Maske mit dem Kreuz trägt? Ach, nichts weiter, die habe es für einen Euro bei Tedi gegeben, sagt er.

Anfang Februar titelte Reitschuster über einem Text: "Spahn & Co.: Kämpfen bis zum Sieg". Er unterstellte dem Minister, sich "im Kriegszustand" mit dem Virus zu fühlen und eine "Rhetorik wie in finsternen Zeiten" zu benutzen, was er unter anderem damit belegte, dass Spahn in der BPK den vielen Helfern "an der Front" gedankt hatte. "Das ist verheerend für unsere Gesellschaft. Denn im Krieg sind Kollateralschäden unwichtig und Kritiker Volksfeinde", so Reitschuster auf Twitter.

Wenn man ihn dann fragt, den angeblichen Sprachpazifisten, warum seine BPK-Videos mit "Frontbericht aus Charlottengrad" überschrieben sind, sagt er: Nur der alten Zeiten als Moskau-Korrespondent und seines so sympathisch russisch geprägten Viertels Charlottenburg wegen.

Nach dem Gespräch mit der SZ sind plötzlich alle Videos neu betitelt. "Eine Frage noch" heißen sie jetzt.

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen kostenlos zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter:
www.sz.de/szplus-testen

URL: www.sz.de/1.5209919

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ vom 19.02.2021

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.